

Druckversion



Präsentiert von

Url: [http://www.focus.de/politik/ausland/fdp-geld-soll-taliban-krieger-muede-machen\\_aid\\_473365.html](http://www.focus.de/politik/ausland/fdp-geld-soll-taliban-krieger-muede-machen_aid_473365.html)

23.01.2010, 08:48



FDP

## Geld soll Taliban-Krieger müde machen

**Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel hält viel von dem Plan, Taliban-Kämpfer mit materiellen Anreizen zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes zu bewegen. Doch bei CDU und FDP macht sich Skepsis breit.**

Die Bundesregierung unterstützt nach Niebels Angaben den Plan des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai: „Ich kann mir vorstellen, dass sich die Bundesregierung an einem solchen Fonds beteiligen wird“, sagte der FDP-Politiker dem FOCUS. Es sei „wichtig, dass denjenigen Kämpfern, die bereit sind, der Gewalt abzuschwören und sich wieder auf den Boden der Verfassung zu stellen, eine Perspektive geboten wird“, begründete Niebel das Vorhaben. Speziell für diesen Zweck soll die Londoner Afghanistan-Konferenz in der kommenden Woche einen internationalen Sonderfonds auflegen.



Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) dpa

### „Nicht Korruption verstärken“

Kritische Stimmen melden sich aber auch aus der christlich-liberalen Regierungskoalition. So fragte der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Rainer Stinner: „Wer verteilt, wer bekommt das Geld?“ Die Verteilung dürfe keinesfalls die Korruption in Afghanistan verstärken oder in den Augen von Afghanen, die mit den Taliban nie sympathisiert hätten, wie eine Belohnung der radikal-islamistischen Kämpfer wirken.

### Polenz skeptisch

Ähnlich skeptisch äußerte sich der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Ruprecht Polenz (CDU). „Zwei rote Linien“ seien zu beachten, bevor Taliban womöglich sogar als politische Partner in Betracht kämen: Sie müssten sich von jeder Zusammenarbeit mit El-Kaida-Terroristen lossagen und die afghanische Verfassung akzeptieren. Der Erfolg solcher Pläne „entscheidet sich natürlich an der Gewaltfrage“, sagte Polenz dem FOCUS.

Auch die außenpolitische Sprecherin der Grünen, Kerstin Müller, warnte: „Wir dürfen die Menschenrechte nicht für einen Frieden mit Kriegsfürsten wie Gulbuddin Hekmatyar oder Taliban-Führer Mullah Omar preisgeben.“



Foto: dpa

Copyright © FOCUS Online 1996-2010

Anzeige

